

### **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

#### **Bürokratische Hürden in den Freizeitheimen abbauen – jugendpolitische Handlungsspielräume gewinnen**

Seit Jahren traut sich der Senat nicht an eine Reform der Organisationsstruktur der kommunalen Jugendfreizeitheime heran. Die Folgen sind fatal. Es gibt keine Kostentransparenz, Anschlusszwänge bei der Bewirtschaftung der Einrichtungen bilden ein starres und für Jugendeinrichtungen völlig ungeeignetes Korsett.

Bürokratische Hürden verhindern, dass Jugendliche und Mitarbeiter/-innen „ihr“ Haus selbst gestalten und in größerem Umfang auch wirtschaftliche Eigenverantwortung übernehmen können.

Die zentralistische Steuerung ist zeitaufwendig, teuer und hemmt Innovationen bei der Weiterentwicklung der Einrichtungen. Eine sofortige und konsequente Umsetzung des Neuen Steuerungsmodells (NSM) mit dezentraler Ressourcenverantwortung würde für die pädagogische Arbeit mit Jugendlichen finanzielle Spielräume eröffnen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, bis zum 30. November 2000

- dem Jugendhilfeausschuss und der Deputation für Soziales, Jugend und Senioren einen Bericht über die exakten Bewirtschaftungs- und Bauunterhaltungskosten der einzelnen kommunalen Jugendfreizeitheime zur gemeinsamen Beratung mit dem „Anpassungskonzept für die bremische Kinder- und Jugendförderung 2000 bis 2005“ vorzulegen,
- das Neue Steuerungsmodell mit dezentraler Ressourcenverantwortung für die Freizeitheime umzusetzen und ihnen im Rahmen von Einrichtungsbudgets eine weitgehende wirtschaftliche Autonomie – auch für Bewirtschaftung und Bauunterhaltung – zu geben,
- Leistungsvereinbarungen mit den einzelnen Freizeitheimen anzustreben und
- ein Konzept für eine gezielte betriebswirtschaftliche Qualifizierung der Mitarbeiter/-innen zu erarbeiten.

Anja Stahmann, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen